

Die Außenpolitik vor dem Reichstag.

Unabhängige Vorträge auf teilweise Wegweisung des Vermögens. Berlin, 22. Juni.

Zur Einleitung in die Tagesordnung wird ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen auf Einleitung einer allgemeinen Finanzreform nach bestimmten Leitlinien sofort einer Kommission übergeben. Der Antrag fordert, daß alle der Kaiserlich-königlichen unterliegenden Körperschaften ihres Kapitalanteils um ein Drittel zu erhöhen und dies Drittel dem Reiche abzutreten haben. Auf jedes inländische Grundvermögen wird zugunsten des Reiches an erster Stelle eine Grundschuld in der Höhe eines Zehntels des angegebenen Wertes einzutragen. Vom Ertrahen sollen die Vermordenen der dritten und folgenden Stufen ausgeschlossen sein und für den Reichsschatz ein gleiches Erbschaft einflußfrei werden. Bei Erbansfällen über 100 000 Goldmark erhält das Reich einen Erbschaftssteuer auf den Nachlass.

Es folgt die Besprechung der gestern begründeten außenpolitischen Interpellation.

Hr. Stäger (S.) erklärt, daß seine Partei das Schamlosste abzugeben nicht an Rhein und Saar weisend. Die Sozialdemokratie billigt deshalb die Erklärung der Reichsregierung. Die Gefahr einer Vertiefung der Rheinlande ist wohl im allgemeinen nicht groß, doch ist die Lage der Rheingebiete immerhin einigmaßen bedauerlich, die in ihrem Kampfe gegen die Weltwirtschaftslehre logar Verbindung mit der internationalen Kommission suchen. Schützen, die in der Wahrung ihrer politischen Interessen vor Landesverrat nicht zurückbleiben, gäbe es in jedem Lande. Das Beweise ein Schreiben des Großherzogs von Sachsen, in dem er erklärt, daß er trotz der Hungersnot wegen der vielen unangenehmen Verordnungen 500 Morgen Getreide nicht bestellen wolle, und dieser gleiche Überdruß laufe heute mit dem C. R. L. herum. Als Herr Stäger bei seinem Kampfe um das Londoner Diktat gefragt wurde, was nach der Meinung der Sozialisten die historischen Worte: „Da, das wird sich dann eben historisch entwickeln.“ Er habe also gar keinen Plan und will uns in die Zukunft hineinlappen lassen, wie wir in den Krieg getappt sind. Wir begrüßen das Wiesbadener Abkommen, weil wir darin den ersten Schritt zur Lösung des französisch-deutschen Problems sehen.

Hr. Gotthein (Dem.) behauptet, daß der deutkenationale Redner Dr. Reichardt die Menschheitswürde so wenig gewahrt habe. Ueberhaupt sehen wir seit London am wenigsten eine gerade Linie des Fortschritts für uns. Auch der Spruch der Antichrommission ist ein Vorteil für uns, ein Verdikt gegen die französisch-militärische Politik. Er beweiße aber, daß Dr. Reichardt mit seiner Rede eine für die Antike günstige Atmosphäre geschaffen habe. Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen Dr. Revis und tritt der Mission entgegen, als ob die Reichen allein die Forderungen der Unterte erfüllen könnten. Ein Weglassen des Kapitals führe zur Stilllegung der Wirtschaft und würde die Erfüllung der Forderungen unmöglich machen. Ohne Erhöhung der Arbeitszeit im Ruhrgebiet würde die Produktion an der Kohlenarbeit zugrundegehen. Damit würde auch die Antichrommission mehr vermindert. Am der letzten großen Teuerungswelle sei die unerschütterliche Tarifpolitik stand. Darum müsse eine gründliche Verwaltungsreform einleiten. Der Vorschlag würde sich nicht länger zum Zweck für das nächste Amt werden, das unter deutscher Verwaltung im Saargebiet anzuordnen werden.

Hr. G. M. v. G. (S. W.) betont die Einigkeit des ganzen Volkes mit der Regierung in der Beurteilung des Unrechts, das an Rheinland und im Saargebiet dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft angetan wird. Bei dem Sachlieferungsabkommen laufe die Regierung darauf ab, daß auch die Süddeutschen wirtschaftlich dabei zu ihrem Rechte kommen. Wie lange gedulde der Reichstasler noch den Versuch der Erfüllung fortzusetzen angeht, der immer weiter fortwährenden Warteerwartung? Wollte er von Deutschen absehen und sich nur nach auf Sachlieferungsbedürfnisse? Habe er überhaupt einen Plan oder wolle die Regierung einfach fortwährend? Das wird die deutsche Volk ähnlichen Erklärungsbedürfnisse ausgeht, wie wir sie jetzt bei den unzulässigen Forderungen sehen. Die Parteien der Erfüllungspolitik würden bald zugeben müssen, daß die Beweis für die Unmöglichkeit der Ententeleistungen durch die am dem stehenden Körper des deutschen Volkes vorgekommene Einigkeit erbracht ist.

Hr. G. M. v. G. (S. W.) nimmt dem Sachlieferungsabkommen zu, betont aber, daß damit das Reparationsproblem noch nicht gelöst ist. Auch die äußere Antike könne nicht die Lösung bringen, sondern nur die

Meinung des deutschen Volkes.

In der inneren Politik finden wir vor dem bedeutungsvollen und schweren Problem der Frage der Volksernährung. Wie mühen dabei eine mittlere Linie zu finden, welche den Interessen der Erzeuger ebenso wie denen der Konsumenten gerecht werde. Darum müssen wir in dieser schweren Zeit das Einigende voranzutreiben. (Beifall.)

Hr. G. M. v. G. (S. W.) Seitdem die Franzosen mehr mit Hilfe als mit Zunderot die Befestigung im Rheinland ausüben, sind die Sympathien für Frankreich dort auf dem Nullpunkt gesunken. Weder mit Gewalt noch durch Wohlstand kann heute das Rheinland von Deutschland losgerissen werden. Viel schmerzlicher ist es an der Saar. Redner verlangt, daß Deutschland Österreich gegenüber ein militärisches Bündnis auf alle Fälle, um dieses herabzulassen, nicht in Unterstellung und stimmt dem Sachlieferungsabkommen im Interesse einer Verbindung zu.

Am 7. U. abends wird die Weiterberatung auf Freitag nachmittags 2 Uhr vertagt. Außerdem Vorträge und kleinere Vorträge.

Lord George über die Schuldentrag.

London, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte der Abgeordnete Woodwood, ob es wahr sei, daß die englische Regierung den Willkür den Vorschlag gemacht habe, auf die Schulden gegenüber den Alliierten zu verzichten, wenn die Alliierten die deutschen Reparationsansprüche um den gleichen Betrag ermäßigt werden. Lord George erklärte, er müsse diese Frage verneinen. Er sagte, die Frage der alliierten Kriegsschulden könne nur in Verbindung mit den Schulden an Amerika behandelt werden. England sei nicht genügend frei, um seinen Steuerpflichtigen neue Lasten aufzuerlegen, daß es auf seine Gültigkeit verzichte. Die englische Regierung müsse von ihren Alliierten die Befreiung der Zinsen ihrer Schulden gegenüber England verlangen.

Sorge um den Verfallter Vertrag.

Pariser Kommentar zu Rathenaus Rede. Paris, 22. Juni. Die Liberté schreibt: Walter Rathenau, der Mann des Wiesbadener Abkommens, hat gestern im Reichstag einen Vortrag über die Frage des Saargebietes gehalten, der den Beifall aller Parteien fand. Rathenau ist der deutsche Außenminister. Alles, was sich auf das Saargebiet bezieht, ist im Verfallter Friedensvertrag festgelegt worden. Die Reichsregierung greift somit offiziell den Verfallter Vertrag, dessen dritter Vertrag in den nächsten Tagen wiederholt wird, an. Wenn die Alliierten solche Worte wieder-

geben lassen, so bedeutet das, daß sie drei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht mehr an die Unverletzlichkeit des Friedensvertrages glauben. Rathenau hat diesen psychologischen Moment erfaßt. Das Zeichen ist deutlich und das System ist schlecht.

Der Ministerpräsident gegen die Schuldfrage.

Berlin, 22. Juni.

Eine Vorlage betreffend die Resteliten der Staatsbeamten wird an den Beamten-Ausschuß übergeben. Eine Vorlage über phosphorhaltige Mineralien geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe. Ein Antrag des Hauptauschusses zur Befreiung der Hungersnot in Ostindien, insbesondere in Java, ist in der Deutscher Reichstag, dem Reichstag, die Mittelungen zur Verfügung zu stellen, wird angenommen. Sodann wird die Beratung des Saargebietes des Staatsministeriums fortgesetzt.

Ministerpräsident Braun: Die Lage von Rhein und Saar ist ein Problem, das nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt von Bedeutung ist. Die wichtigsten Krisen gegen die Rheinlande sind der englische und der frühere italienische Ministerpräsident. Lord George hat offen ausgesprochen, daß Deutschland für den Krieg nicht verantwortlich zu machen sei. Redner appelliert an das Land mit geschuldeten und militärischen Feiern und Beurlaubungen, in denen das frühere Regime gefeiert wird, Zurückhaltung zu üben. Diese sind nicht dazu angetan, den Hof des Auslandes, den man hier gefeiert als das größte Hindernis für eine Revision des Vertrags von Versailles begeht, abzubauen. Die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet, besonders auch im Saargebiet, wird mehr darunter leiden. Wir verfolgen die Kämpfe der laantlichen Bevölkerung gegen die Verdrängung mit inniger Anteilnahme. Wir werden sie in dem Kampf um das Volkstum unterstützen. Der französische Frontrott am Rhein, aber die Rheinische Bevölkerung läßt sich nicht wachsend machen und blickt mit Berührung auf die deutschen Deutschen, die sich taufen lassen. Die Verluste, diese Gebiete von Preußen loszureißen, werden scheitern und wenn auch in Oberloosen neue Grenzsteine gesetzt sind, die zeitliche und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes läßt sich nicht zerschneiden. Diese zu planen, wird vornehmliche Aufgabe aller Bevölkerungsgruppen sein. Mit dem Gruß an die zu Preußen Zurückkehrenden verbindet Redner die erste Mahnung, lautes Blut zu bewahren und sich nicht zu gewalttätigen Verweissungsmaßnahmen hinreißen zu lassen. Oberloosen bedürfte jetzt der Ruhe. Ueber Gestaltung des neuen Staatswesens werde es demnach zu entscheiden haben. Die öffentliche Meinung in der Oberloosen einsehen, daß ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen bei Preußen liegen. Ein neuer Staat wäre weder zum Nutzen Deutschlands, Preußens noch Oberloosen selber. Durch die Provinzialautonomie werde auch die Erörterung über das Problem verschoben, daß Preußen werden müsse, damit Deutschland leben könnte. Redner schließt mit dem Appell an die Volkspartei, ein hartes Auge darauf zu haben, daß nicht etwa deutschnational geteilte Beamte sich vorkamerliche Färbung geben, um sich ihre Stellung zu erhalten.

Hr. Sch. v. H. (Kommunist) verlangt Bestätigung der preussischen Vertretung in beländischen Kreisen, sowie des Staatsrats und behauptet die Koalitionspolitik, weil die Interessen der Arbeiterklasse dabei vollkommen unter die Räder kämen.

Hr. Dr. Schwering (S.): Es ist erwiesen, daß Deutschland eine ausgeprochene Friedenspolitik getrieben hat. Der Friedensprozess hat geradezu lässliche Zeugnisse dafür gegeben, aber die Kriegsverbrechen sind in die gleiche Kategorie zu werden. Redner gibt namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der gegen das uns aufzuziehende Verbrechen der Rheinlande, das das Fundament des Versailles Vertrages bildet, Stellung genommen wird.

Hr. Kippel (Dn.) gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die Aussprache hinsichtlich der Schuldfrage zu einer

erwarteten Einigkeit

geführt habe. Seine Partei löse seine Demonstration der Unken. Die vaterländischen Demonstrationen würden dauernd sein. Können man sich da wundern, wenn einmal ein Weil auf den Schülern wartete!

Hr. Dr. Kreuz (Dem.): So lange die fremde Besatzung im Rheinland steht, so lange die Außengrenzen des Reiches bedroht sind, läßt sich das preussische Problem nicht lösen. Durch Maßnahmen der Agitation, die die jetzige Staatsform als vorübergehend bezeichnet, ist die Anpassung des Berufsbeamtenums vermindert.

Hr. Dr. Br. D. (S. W.) erörtert Fragen der inneren Verwaltung und fordert Weiterentwicklung des eiserne Kreuzes.

Ministerpräsident Braun tritt dem entgegen. Mit der Drucksachenkommission müsse endlich Schluss gemacht werden. Für Oberloosen, wo noch viele Mühseligkeiten angewandt seien, sei Bewahrung von Ruhe und Beharrlichkeit dringend notwendig. Der von den Kommunisten so hart betempfte Grenzschutz sollte gerade von dieser Partei zum Kampfe gegen die Regierung gewonnen werden.

Hr. Heilmann (S. W.) lehnt die Schuldfrage ab in dem Sinne, daß Schuld Unmöglichkeit bedeute. Die Beizuglichkeit sei aber nicht zu bestritten. Der Staatsrat sei ein misglücktes Experiment.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Klotz (S.), Franz (S. W.) und Klotz (D. W.) wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Einführung Calenders und Kaedenbeets.

Kattowitz, 22. Juni. Heute vormittags 10 Uhr fand in der Hauptversammlung, dem jetzigen Ratgebäude der Hauptstadt, die feierliche Einführung Calenders, des Präsidenten der gemischten Kommission, statt. Von deutscher Seite waren erschienen Czeglény L. v. Wollke, Legationsrat v. Wollke, Dr. Lufafel und Diplomingenieur Bornann, von polnischer Seite Generalrat v. Leszinski-Dupel, Diplomingenieur Grabanowski-Kattowitz, Rechtsanwält Wölnig, ein Mitglied des Außenministeriums, Woywode Ragner, der Präsident des Oberlandesgerichtes Bochowenak, Oberbürgermeister Gornik und Legationssekretär Morawski. Nach einer kurzen Begrüßung durch den polnischen Generalrat trat Czeglény L. v. Wollke das Wort, worauf Calender in einer längeren Ausführung in französischer Sprache antwortete. Der Gemischten Kommission gehören als Mitglieder von deutscher Seite v. Wollke, Lufafel, von polnischer Seite Wölnig und Grabanowski.

Nach zwei Stunden fand in Butzen in den festlich geschmückten Räumen des Landgerichtes die feierliche Einführung des Professors Kaedenbeet als Präsident der Schiedsgerichtskommission statt. Der Fester wohnten außer dem Präsidenten Calender noch die Herren, die bereits an des Kattowitzer Feies teilgenommen hatten, bei.

Ein Schweizerisches Urteil.

Basel, 22. Juni. Zu dem Abzug der internationalen Kommission aus Oberloosen melden die „Basler Nachrichten“: Die Aufgabe der internationalen Kommission ist erfüllt, wenn man den Ausbruch „erfüllen“ gebrauchen will für jahrelanges ehrs- und pflichtwidriges Gemüdenlassen gegenüber einem abtrünnigen Terror. Die oberloosen Frage an sich ist ein überaus schwieriges Problem der hohen Politik. Bei der Entscheidung über die Frage, ob lieber die Interessen Deutschlands oder die der jungen polnischen Republik bei der Gebietsabteilung vorzuziehen wären, konnte man in gutem Glauben verschiedene Ansichten sein. Aber nur eine Ansicht kann es unter anständigen Leuten jeder politischen Richtung darüber geben, daß es Willkür der internationalen Kommission und ihrer Hilfs- und Willkürorgane war, während der drei Besatzungsjahre als ehrsicher Kreuzer in voller Neutralität Ruhe und Ordnung in Oberloosen aufrechtzuerhalten. Diese Pflicht hat General Lerond aus großblütiger und Beharrlichkeit erfüllt und damit nicht nur seinem eigenen Namen, sondern auch dem seines Volkes Unehre gemacht.

Auszahlung der Juligehälter am 24. Juni.

Im Beamtenauschuß des Reichstages teilte der Regierungsvorsteher auf eine Anfrage mit, daß das Kabinett angeht, daß der Not der Beamten beschaffen habe, die Besätze für Juli schon am 24. Juni auszahlen, vom preussischen Finanzminister sei dieselbe Anordnung getroffen worden, und es sei anzunehmen, daß die übrigen Länder folgen werden.

Argentinisches Fleisch für Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Wie wir hören, sind Vertreter großer Fleischverderber Argentiniens in Berlin eingetroffen. Sie planen die Lieferung von großen Mengen argentinischen Geflügelfleisches, das sich bestimmt billiger stellt, als das deutsche Geflügelfleisch. Sie bemühen sich, möglichst großen Stilles zu tätigen.

Das Reichsschuldengesetz auf dem toten Punkte.

Berlin, 23. Juni.

Am 5. April war im Bildungsausschuß des Reichstages ein Antrag angenommen worden, der die bis dahin mehr pagabogisch oder theologisch als juristisch geführten Beratungen über das Reichsschuldengesetz plötzlich zu einer bedeutamen politischen Angelegenheit gemacht hatte. Mit 15 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei gegen 13 Stimmen der Demokraten, Wehrvereinspartei und Unabhängigen war nämlich der § 1 des Reichsschuldengesetzes beantragt worden, daß die weillischen und die vaterländischen gleichberechtigt mit der Gemeindefiskalstelle sein sollten, während, dem Sinne der Verfassung entsprechend, die Gemeindefiskalstelle nach dem Vorkland es Gesetzes den Vorrang vor den Sonderloosen haben soll. Damit war die Zerstückelung unseres deutschen Schuldenwesens beschlossen, vormalig durch Schuld des Zentrums, das sich nicht an das Weimarer Schuldenprogramm hielt. Die Regierung ließ damals durch Staatssekretär Schulz erklären, daß der angemessene Antrag auf Gleichstellung der drei Schulden in Widerspruch zu der bisherigen Auffassung der Regierung zur neuen Sachlage herbeigeführt werden müßte. Am 21. Juni hat sich nun der Bildungsausschuß wieder versammelt, um die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Statt eines Regierungsvorsteheres erschien jedoch nur ein Schreiben des Reichsministers des Innern, in dem es heißt, es hätten sich bei der Beratung des § 1 Weimarer Schuldenverordnungen darüber ergeben, ob jener Änderungsantrag eine Verfassungsänderung in sich schließe oder nicht. Die Regierung habe sich wiederholt mit der Angelegenheit befaßt, könne aber aus verschiedenen Gründen im gegenwärtigen Augenblick keine abliegende Stellung nehmen, behalte sich indes vor, die Frage auch unter Würdigung ihrer politischen Bedeutung alsbald im Benehmen mit den Parteien zu lösen. Unter diesen Umständen halte sie eine weitere Beratung zurzeit nicht für angelegt, werde es aber begrüßen, wenn noch vor Wiederbeginn der Sitzungen des Reichstages im Herbst der Ausschuss die Beratungen wieder aufnehmen würde, so daß die Verabschiedung durch den Reichstag alsbald erfolgen könnte.

Darauf beschloß der Ausschuss gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Beratung der Beratung bis zum Herbst. Eine weitere Beratung wäre auch Zeitvergeudung gewesen. Es wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als daß die unterliegenden Parteien eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber herbeiführen, ob der von der Mehrheit angenommene Antrag der Verfassung entspricht oder nicht, nachdem bisher keine Lösung gefunden wurde, die uns vor einem Schuldenkampf bewahren könnte.

Der deutsche Volkshofier in Madrid hat der spanischen Regierung den Dank des deutschen Volkes für die Hilfe ausgeprochen, die Spanien während des Weltkrieges deutschen Flüchtlingen und deutschen Kriegesgefangenen hat zukommen lassen. Als Zeichen des Dankes übergab der deutsche Volkshofier im Namen der Reichsregierung dem spanischen Roten Kreuz deutsche Arzneimittel und eine Reihe anderer Viebesgaben.

In englischen Oberloosen wurde mit 60 gegen 29 Stimmen ein Antrag angenommen, daß das Parlament in London in seiner angeständlichen Gestalt unannehmbar sei. Die Annahme des Antrages erfolgte, nachdem Lord Balfour sich warm für die Politik der Regierung eingesetzt hatte. Ohne die Tragweite der Ablehnung der Regierungspolitik zu überloosen, bedeutet diese Niederlage der Regierung, daß sie sich überloosen hat, und dem Verlangen des Volkes nach Neuwahlen nicht lange mehr wird ausweichen können.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut

CREME MOUSON

vollkommenstes Hautpflegemittel